SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung

In dem Parteiordnungsverfahren

1/2017/P

auf Antrag

des **SPD-Unterbezirks** (...), dieser vertreten durch den Unterbezirksvorsitzenden (...)

- Antragsteller und Beschwerdeführer -

Beistand: Rechtsanwalt (...)

gegen (...)

- Antragsgegner und Berufungsgegner -

Beigeladen:

SPD-Ortsverein (...), vertreten durch den Vorsitzenden (...),

hat die Bundesschiedskommission am 18. Oktober 2017 unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende,

Dr. A. Thorsten Jobs, Stellvertretender Vorsitzender,

Prof. Dr. Roland Rixecker, Stellvertretender Vorsitzender,

beschlossen:

Die Berufung des Antragstellers gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission der SPD-Landesorganisation (...) vom 16. Juni 2017 wird verworfen.

Gründe:

I.

Der Antragsgegner ist seit dem 1. Oktober 2005 Mitglied der SPD und in (...) in dem beigeladenen Ortsverein organisiert. Er ist von Beruf Lehrer. Von 2005 bis 2009 war er stellvertretender Vorsitzender der JUSOS (...). Seit dem 15. Juni 2011 ist er Mitglied der (...) Bürgerschaft (Landtag).

Seit dem Frühjahr 2016 werden gegen den (...) des Antragsgegners strafrechtliche Ermittlungen wegen des Verdachts des Betruges (sog. „Sozialbetrug“) geführt. Die Ermittlungen stehen im Zusammenhang mit dem Verein (...), als dessen Vorsitzender der (...) des Antragsgegners im Vereinsregister eingetragen ist. Der Antragsgegner ist Mitglied des Vereins. Er hat – zumindest zeitweise – das Amt des zweiten Vorsitzenden des Vereins innegehabt. Nach seinem Vorbringen hat er dieses Amt am 30. Mai 2011 niedergelegt. Von Anfang 2013 bis April 2016 soll es zu massenhaftem Sozialleistungsbetrug in (...) gekommen sein. Über mehrere Jahre hinweg sollen in einer organisierten Struktur unter Beteiligung des Vereins (...) mutmaßlich mehr als 1.000 EU-Zuwanderer, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, nach (...) gelockt, mit Scheinarbeitsverträgen zum Zweck des Sozialleistungsbetrugs ausgestattet und zumindest teilweise auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet worden sein (vgl. (...)). In einer eidesstattlichen Erklärung vom 25. April 2016 erklärte der Antragsgegner gegenüber der SPD (...), dass er versichere, dass ihm „unrechtmäßige Handlungen“ im Rahmen seiner Vereinsarbeit „nicht bekannt geworden“ seien.

Im August des Jahres 2016 wurde ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren (auch) gegen den Antragsgegner wegen des Verdachts der Beihilfe zum Betrug eingeleitet (Az. 370 Js 68235/15). In dem bei der Staatsanwaltschaft (...) – Zweigstelle (...) – anhängigen Ermittlungsverfahren wird dem Antragsgegner vorgeworfen, seinem (...) Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, finanzielle Zuwendungen von seinem (...) erhalten zu haben und mutmaßlich an illegalen Aktivitäten des (...) beteiligt gewesen zu sein. Die Immunität des Antragsgegners als Abgeordneter der (...) Bürgerschaft wurde aufgehoben. Im Zuge des laufenden Verfahrens wurden die Wohnungen und die Dienststelle des Antragsgegners durchsucht. Der Antragsgegner hatte bislang weder unmittelbar noch über seinen Verteidiger Gelegenheit, abschließend zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Das Ermittlungsverfahren ist – soweit hier bekannt – derzeit bei der Staatsanwaltschaft anhängig.

Mit Einsetzungsbeschluss vom 25. August 2016 (...) setzte die bremische Bürgerschaft einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes die Gründe und den Ablauf des massenhaften Sozialleistungsbetrugs in (...) im Zeitraum mindestens von Anfang 2013 bis April 2016 zu untersuchen. Es soll unter anderem aufgeklärt werden, welcher Schaden durch die betrügerische Inanspruchnahme von Sozialleistungen und Fördermitteln entstanden ist und ob und gegebenenfalls wer in welcher Art und welchem Umfang dabei Beihilfe geleistet hat.

Mit Schriftsatz vom 16. September 2016 hat der Antragsteller bei der Schiedskommission des Unterbezirks (...) im Rahmen des von ihm eingeleiteten Parteiordnungsverfahrens beantragt, den Antragsgegner aus der SPD auszuschließen. Von der Möglichkeit der Anordnung einer Sofortmaßnahme wurde nicht Gebrauch gemacht.

Am 24. Oktober 2016 trat der Antragsgegner aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion aus und ist seitdem fraktionsloses Mitglied der Bürgerschaft.

Mit Beschluss vom 7. Februar 2017 erkannte die Schiedskommission des Unterbezirks (...) auf den Ausschluss des Antragsgegners aus der SPD. Zur Begründung führte sie im Wesentlichen aus, dem Antragsgegner sei mit seinem Verhalten gegenüber den Verantwortlichen in der SPD im Zusammenhang mit den gegen seinen (...) und ihn geführten strafrechtlichen Ermittlungen eine Treuepflichtverletzung vorzuwerfen. Er habe gegen die Grundsätze der SPD, insbesondere das Gebot der innerparteilichen Solidarität verstoßen, wodurch ein schwerer Schaden für die Partei verursacht worden sei. Er sei seinen grundlegenden Mitwirkungs-, Auskunfts- und Informationspflichten, die sich aus seiner Mitgliedschaft in der SPD ergeben würden und die gegenüber den Organen der Partei zu erfüllen seien, wenn ein Funktionsträger und Mitglied der Partei dem Verdacht ausgesetzt sei, in erheblichem Umfang gegen Strafvorschriften verstoßen zu haben, nicht ausreichend nachgekommen. Der Antragsgegner habe sich zwar Gesprächen zu Fragen des Antragstellers hinsichtlich seiner Verantwortlichkeit gestellt und sich im Parteiordnungsverfahren schriftlich geäußert. Seine Einlassungen

seien jedoch - was den Kern des aufzuklärenden Sachverhaltes betreffe - nicht hinreichend substantiiert. Es komme nicht darauf an, ob sich nach dem durchgeführten Ermittlungsverfahren tatsächlich die gegen den Antragsgegner bestehenden Verdachtsmomente bestätigten und er sich wegen einer Beihilfe zum Betrug strafbar gemacht habe. Ursächlich für die verhängte Sanktion sei allein, wie sich der Antragsgegner gegenüber den Parteigremien verhalten habe, die sich um die Aufklärung der Vorgänge bemühten.

Gegen die Entscheidung der Unterbezirksschiedskommission legte der Antragsgegner Berufung bei der Landesschiedskommission ein. Zur Begründung führte er im Wesentlichen aus, das gegen ihn eingeleitete staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren sei anhängig und er sei nach rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht verpflichtet, in dem (Parteiordnungs-) Verfahren sich selbst oder einen nahen Angehörigen - seinen (...) - zu belasten.

Die Landesschiedskommission der SPD-Landesorganisation (...) ordnete mit ihrer hier angegriffenen Entscheidung vom 16. Juni 2017 auf Grundlage von § 15 Abs. 3 SchiedsO das Ruhen des Verfahrens gegen den Antragsgegner bis zum Abschluss des gegen ihn eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens an (unter b.) und erklärte, der erstinstanzliche Beschluss auf Ausschluss des Antragsgegners aus der SPD werde „aufgehoben (unter a.)“. Zur Begründung führte sie im Wesentlichen aus, dass dem Antragsgegner eine Nichterfüllung seiner Mitwirkungspflichten bei der Aufklärung des Sachverhalts nicht vorgeworfen werden könne. In dem mit ihm am 22. April 2016 geführten Gespräch hätte der Antragsgegner ein Zeugnisverweigerungsrecht gehabt, weil sein (...) Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft sei. Bei dem Gespräch am 18. August 2016 hätte der Antragsgegner darüber hinaus ein Aussageverweigerungsrecht in eigener Sache, nachdem auch gegen ihn ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei. Dieses Schweigerecht sei eines der ältesten Bürgerrechte, ein „grundrechtsgleiches“ Recht, das aus der Menschenwürde hergeleitet sei. Der Antragsteller könne nicht von einem Mitglied verlangen, dass es im Parteiinteresse auf die Wahrnehmung seines Schweigerechts verzichte. Ein Mitglied könne nicht wegen Wahrnehmung seines Schweigerechts aus der SPD ausgeschlossen werden. Die Aufklärung der Sachverhalte könne nach Lage der Dinge frühestens nach Abschluss des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens gelingen. Deshalb ordne sie das Ruhen des Parteiordnungsverfahrens an. In der dieser Entscheidung angefügten Rechtsmittelbelehrung wurde auf die Möglichkeit der Berufung zur Bundesschiedskommission verwiesen. Der Bevollmächtigte des Antragsgegners erhielt von der vorgenannten Entscheidung zunächst mit einer E-Mail vom 31. Juli 2017 Kenntnis. Nachdem ein förmlicher Zustellversuch per Post erfolglos blieb, wurde ausweislich einer Empfangsbestätigung dem Bevollmächtigten des Antragstellers die Entscheidung der Landesschiedskommission am 24. August 2017 übergeben.

Gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission vom 16. Juni 2017 legte der Antragsteller bereits am 12. August 2017 Berufung an die Bundesschiedskommission ein. Zu ihrer Begründung führte er im Wesentlichen Folgendes aus:

Mit dem Entscheidungstenor zu a) der Landesschiedskommission würde der Ausschluss des Antragsgegners aufgehoben und dadurch keine vorläufige Entscheidung getroffen, sondern „das Verfahren schlichtweg endgültig abgeschlossen“.

Die Entscheidung der Landesschiedskommission sei widersprüchlich und nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes Urteil vom 22. Februar 2001 IX ZR 293/99, NJW-RR 2001, 1351, juris Rn. 9) zu „kassieren“. Der vorinstanzliche Entscheidungstenor sei nämlich unauflösbar widersprüchlich und verstoße gegen das Gebot der Entscheidungskohärenz und Rechtsklarheit. Einerseits würde der Ausschluss des Antragsgegners aufgehoben und gleichzeitig unter b) das Ruhen des Verfahrens gegen den Antragsgegner bis zum Abschluss des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens angeordnet. Es liege (so der Schriftsatz vom 13. Oktober 2017) eine doppelte Widersprüchlichkeit vor, nämlich einerseits im Tenor selbst und andererseits im Zusammenhang mit der Rechtsmittelbelehrung. Dieser Mangel sei auch nicht durch Auslegung auflösbar.

Die Landesschiedskommission habe zudem das rechtliche Gehör des Antragstellers verletzt, weil sie Stellungnahmen des Antragsgegners vom 5. April 2017 und 16. Mai 2017 nicht zur Stellungnahme weitergeleitet habe. Vom Inhalt dieser Schriftsätze habe man erst durch Einsichtnahme in die Verfahrensakte in dem drittinstanzlichen Verfahren Kenntnis erlangt.

Auch materiell sei die angefochtene Entscheidung eine „sachlich unvertretbare Fehlentscheidung“. Der Ausschluss des Antragsgegners aus der SPD sei gerechtfertigt. Die angegriffene Entscheidung verkenne, dass es im Parteiordnungsverfahren nicht um eine unumstößlich feststehende strafrechtliche Schuldzuweisung gehe, sondern um eine Mitwirkungspflicht des Mitgliedes an der Aufklärung des Sachverhalts. Der Antragsteller beruft sich insoweit auf entsprechende Rechtsprechung der Bundesschiedskommission (u.a. Entscheidung vom 11.6.2002 - 4/2002/P -). Zu Recht nehme die erstinstanzliche Schiedskommission an, dass die Einlassung des Antragsgegners zum Kern des aufzuklärenden Sachverhalts nicht hinreichend substantiiert sei. Die untauglichen und substanzlosen Erklärungen des Antragsgegners dienten nicht der Aufklärung, sondern der „aktiven Verklärung“ des Sachverhaltes. Der Antragsgegner sei eng mit dem Verein seines (...) verwoben. Ein Geflecht aus familiären, vertraglichen und funktionalen Elementen erhöhe die Anforderungen an die Substanz der Aufklärungspflicht des Antragsgegners. Dieser sei nach Presseberichten über den - ihr nicht vorliegenden - Ermittlungsbericht der Kriminalpolizei über die betrügerischen Handlungen des Vereins (...) umfassend informiert gewesen und habe aktiv an ihnen teilgenommen. Nach Presseveröffentlichungen habe der öffentliche Druck auf die Partei signifikant zugenommen.

Der Antragsteller beantragt,

den Berufungsbeschluss der Landesschiedskommission vom 16. Juni 2017 aufzuheben und den Ausschluss des Antragsgegners aus der SPD aufrechtzuerhalten.

Der Antragsteller beantragt,

die Berufung des Antragstellers zurückzuweisen,

hilfsweise festzustellen, dass das Verfahren nach wie vor gemäß § 15 Abs. 3 SchiedsO unterbrochen ist und ruht.

Die Berufung des Antragstellers sei gemäß § 26 SchiedsO unzulässig. Die Landesschiedskommission habe unter Buchstabe b) ihres Tenors das Ruhen des Verfahrens bis zum Abschluss des gegen den Antragsgegner eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren angeordnet. Dies sei keine abschließende Entscheidung. Die Landesschiedskommission sei ersichtlich davon ausgegangen, dass das Verfahren nicht beendet, sondern nach Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen fortzuführen sei. Bei dem unter Buchstabe a) aufgeführten Entscheidungsbestandteil handele es sich offensichtlich nur um eine vorläufige Einschätzung der Sach- und Rechtslage und um keine rechtsmittelfähige endgültige Entscheidung. Bei einer Auslegung dahingehend, dass es sich bereits um eine endgültige Entscheidung handeln würde, wäre gerade kein Raum für die Aussetzung des Verfahrens gewesen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den gesamten Inhalt der Akten verwiesen.

II.

Die Berufung des Antragstellers gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission wird gemäß § 26 Abs. 4 Schiedsordnung (SchiedsO) ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss als unzulässig verworfen. Die Voraussetzungen der Berufung zur Bundesschiedskommission liegen nicht vor, weil die angegriffene Entscheidung der Landesschiedskommission vom 16. Juni 2017 keine nach § 26 Abs. 1 SchiedsO berufungsfähige abschließende Entscheidung ist.

Die Statthaftigkeit einer Berufung des Antragstellers zur Bundesschiedskommission regelt § 26 Abs. 1 SchiedsO. Der Antragsteller kann danach nur gegen die abschließende Entscheidung der Bezirksschiedskommission Berufung an die Bundesschiedskommission einlegen. Vergleichbar mit dem staatlichen Prozessrecht, wonach die Berufung und die Revision nur gegen die in einem Rechtszug erlassenen Endurteile (vgl. u.a. § 511 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 300 Abs. 1 ZPO, § 542 ZPO; § 124 Abs. 1 VwGO, § 132 VwGO) statthaft sind, lässt die Schiedsordnung der SPD die

Berufung zur Bundesschiedskommission nur gegenabschließende Entscheidungen zu, durch die ein entscheidungsreifes Verfahren in der Instanz der Bezirksschiedskommission beendet wird. Neben dem Wortlaut des § 26 Abs. 1 SchiedsO, der eine „abschließende Entscheidung fordert, spricht hierfür auch eine systematische Auslegung unter Berücksichtigung der Regelung des § 15 Abs. 1 SchiedsO. Abschließende Entscheidungen, die eine Schiedskommission treffen muss, sind dort im Einzelnen definiert. Dies sind a) Maßnahmen nach § 35 Organisationsstatut (OrgStatut), b) die Feststellung, dass sich der Antragsgegner bzw. die Antragsgegnerin eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht hat, bzw. ihm oder ihr ein derartiger Verstoß nicht nachzuweisen ist, und c) die Einstellung des Verfahrens. Ordnet eine Schiedskommission nach § 15 Abs. 3 Satz 1 SchiedsO das Ruhen des Verfahrens an, liegt hingegen keine abschließende Entscheidung i.S. § 26 Abs. 1 SchiedsO vor. Die Schiedskommission kann das Ruhen des Verfahrens nach § 15 Abs. 3 Satz 1 SchiedsO anordnen, wenn eine wesentliche Frage des Streitfalls Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens ist oder wenn der Streitfall vor einem staatlichen Gericht oder einer staatlichen Schiedsstelle anhängig ist. Ähnlich wie bei einer Aussetzung des Verfahrens im staatlichen Prozessrecht (vgl. u.a. § 94 VwGO, §§ 148 ff. ZPO) wird durch eine Anordnung nach § 15 Abs. 3 Satz 1 SchiedsO keine die Instanz der Schiedskommission beendende abschließende Entscheidung getroffen. Es sollen vielmehr unter der Nutzung der inhaltlichen Kompetenzen und Befugnisse der Staatsanwaltschaft als den strafrechtlichen Aspekten des Streitfalls „sachnähere Stelle die Erkenntnisse und die Sachaufklärung des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens und ggf. eines anschließenden staatlichen Gerichtsverfahrens abgewartet werden, um dann im Parteiordnungsverfahren eine inhaltliche Entscheidung treffen zu können. Die Anordnung des Ruhens des Verfahrens nach § 15 Abs. 3 SchiedsO erledigt damit das Parteiordnungsverfahren in der jeweiligen Instanz gerade nicht, sondern ist eine Zwischenentscheidung. Sie ist keine berufungsfähige abschließende Entscheidung der Bezirksschiedskommission i.S. des § 26 Abs. 1 SchiedsO.

Gemessen an diesen Grundsätzen ist die vom Antragsteller mit der eingelegten Berufung angegriffene Entscheidung der Landesschiedskommission vom 16. Juni 2017 keine berufungsfähige abschließende Entscheidung im Sinne von § 26 Abs. 1

SchiedsO. Entgegen der Rechtsauffassung des Antragstellers ist der Tenor der angegriffenen Entscheidung nicht unauflösbar widersprüchlich. Er kann unter Heranziehung der Entscheidungsgründe (vgl. dazu BGH, Urteil vom 22. Februar 2001 - IX ZR 293/99 -, NJ -RR 2001, 1351, juris Rn. 6) objektiv dahingehend ausgelegt werden, dass in dem Streitfall in dem Parteiordnungsverfahren gegen den Antragsgegner keine die Instanz der Bezirksschiedskommission abschließende Entscheidung der Landesschiedskommission getroffen werden sollte. Vielmehr wurde das Ruhen des Verfahrens bis zum Abschluss des anhängigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens (Az. 370 Js 68235/15) gegen den Antragsgegner angeordnet. Die Landesschiedskommission hat nämlich unter Buchstabe b) der Entscheidungsformel ausdrücklich das Ruhen des Verfahrens gegen den Antragsgegner bis zum Abschluss des gegen ihn eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens angeordnet und für diese, das Verfahren nicht abschließende Entscheidung ausdrücklich § 15 Abs. 3 SchiedsO als Rechtsgrundlage angeführt. Aus den Entscheidungsgründen geht hervor, dass nach der Auffassung der Landesschiedskommission die Aufklärung in der streitigen Angelegenheit, ob der Antragsgegner an illegalen, strafbaren Aktivitäten des [...] beteiligt gewesen war, „nach Lage der Dinge frühestens nach Abschluss des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens gelingen könne. Dies zeigt, dass die Landesschiedskommission das Parteiordnungsverfahren noch nicht als reif zu einer abschließenden Entscheidung angesehen hat.

Bei objektiver Auslegung der angegriffenen Entscheidung folgt auch aus dem – zugegebenermaßen missverständlichen - Ausspruch unter Buchstabe a) der Entscheidungsformel nicht, dass hier doch eine berufungsfähige abschließende Entscheidung i.S.v. § 26 Abs. 1 SchiedsO vorläge. Zwar meinte die Bezirksschiedskommission offenbar den im erstinstanzlichen Beschluss vom 7. Februar 2017 ausgesprochenen Ausschluss des Antragsgegners aus der SPD (vorläufig) aufheben zu müssen. Dem kommt aber kein berufungsfähiger Entscheidungsgehalt zu, denn bereits Kraft der Norm des § 25 Abs. 5 Satz 1 SchiedsO ist der durch die Entscheidung der Unterbezirksschiedskommission ausgesprochene Ausschluss des Antragsgegners aus der Partei gehemmt und damit vorläufig suspendiert. Die Berufung gegen die abschließende Entscheidung der Unterbezirksschiedskommission an die Bezirksschiedskommission hat nämlich

aufschiebende Wirkung gegenüber der angefochtenen Entscheidung. Dieser Suspensiveffekt des Rechtsmittels hat zur Folge, dass der Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung der Unterbezirksschiedskommission vom 7. Februar 2017 und damit der Ausschluss des Antragsgegners bereits durch die rechtzeitige Einlegung des Rechtsmittels gehemmt wurde (vgl. § 705 Satz 2 ZPO; Thomas/Putzo, ZPO, 38. Aufl. 2017, Vorb § 511, Rn. 2; Zoller, ZPO, 31. Aufl. Vor § 511 Rn. 4). Eine Sofortmaßnahme nach §§ 18 ff. SchiedsO wurde hier nicht angeordnet. Der Ausspruch unter Buchstabe a) zur vorläufigen Aufhebung des Parteiausschlusses ist auch keine abschließende Entscheidung i.S. § 15 Abs. 1 SchiedsO. Abschließende Entscheidungen sind nach dieser Norm nur Maßnahmen nach § 35 OrgStatut und die Feststellung, dass sich der Antragsgegner bzw. die Antragsgegnerin eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht hat bzw. ihm oder ihr ein derartiger Verstoß nicht nachzuweisen ist, sowie die Einstellung des Verfahrens. Eine solche abschließende Entscheidung hat die Landesschiedskommission hier gerade nicht getroffen. Würde man im Übrigen den Ausspruch unter Buchstabe a) der angegriffenen Entscheidung - wie der Antragsteller meint - als endgültige Entscheidung auslegen, wäre für die durch die Landesschiedskommission erfolgte Anordnung des Ruhens des Verfahrens im Tenor unter Buchstabe b) kein Raum mehr gewesen.

Die mit Schriftsatz vom 11. August 2017 eingelegte „Berufung des Antragstellers kann auch nicht als eine statthafte (sofortige) Beschwerde gegen die Anordnung des Ruhens des Verfahrens angesehen werden. Anders als die Prozessordnungen der staatlichen Gerichte (vgl. zu Rechtsmitteln gegen die Aussetzungsentscheidungen u.a. § 252 ZPO, § 146 VwGO) sieht die Schiedsordnung der SPD ein solches Rechtsmittel nicht vor. Die auf der Grundlage des § 14 Abs. 1 PartG in grundsätzlicher Parteiautonomie geschaffenen Schiedskommissionen der SPD, für deren Tätigkeit die Partei die Schiedsordnung erlassen hat (vgl. § 14 Abs. 4 PartG), besitzen - wie die Bundesschiedskommission in ihrer Rechtsprechung schon mehrfach klargestellt hat (zuletzt Entscheidung vom 19.03.2017- 4/2016/St S. 5, m.w.N.) - keine Allzuständigkeit zur Klärung sämtlicher intern auftretender Streitigkeiten und Unklarheiten oder zur Kontrolle jeglicher Handlungen und Beschlussfassungen aller Organe und Gremien innerhalb der Partei oder der Kontrolle jeglicher Anordnungen der Instanzschiedsgerichte. Vielmehr ist ihre Zuständigkeit im Rahmen der Vorgaben des § 14 i.V.m. §10 Abs. 3 bis 5 PartG nur in den in den Parteistatuten ausdrücklich

genannten Fällen und auch nur dann gegeben, wenn die jeweiligen Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Die Rechtsmittel der Antragsteller an die Bundesschiedskommission sind mit der Berufung nach § 26 Abs. 1 SchiedsO gegen abschließende Entscheidungen der Bezirksschiedskommission abschließend geregelt. Ein Mehr an Rechtsmitteln fordert auch § 14 Abs. 4 PartG nicht. Über den Ausschluss entscheidet danach das nach der Schiedsgerichtsordnung zuständige Schiedsgericht. Nur die Berufung an ein Schiedsgericht höherer Stufe ist zu gewährleisten. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass selbst dann, wenn man ein außerordentliches Rechtsmittel der Beschwerde hier als statthaft ansehen würde, dieses keine Erfolgsaussichten hätte. Die Entscheidung der Schiedskommission über das Ruhen des Berufungsverfahrens gemäß § 15 Abs. 3 Satz 1 SchiedsO liegt im Ermessen des Parteischiedsgerichtes (vgl. BVerwG, Beschluss vom 6. September 2011 BVerwG 9 B 48.11 - juris Rn. 6 zu § 94 VwGO). Dafür, dass dieses Ermessen hier fehlerhaft ausgeübt oder in dem Sinne auf Null reduziert wäre, dass das Ruhen des Parteiordnungsverfahrens in zweiter Instanz trotz des anhängigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens gegen den Antragsgegner zur Frage, ob dieser in strafrechtlich relevanter Weise an den Aktivitäten des [...] beteiligt war, nicht hätte angeordnet werden dürfen, ist nichts ersichtlich. Zwar setzt ein Verstoß gegen die Ordnung und die Grundsätze der Partei (§ 35 Abs. 1 OrgStatut) nicht notwendig den Abschluss staatsanwaltlicher Ermittlungen oder eine (rechtskräftige) Verurteilung wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens durch ein staatliches Gericht voraus. Vielmehr genügt eine feststehende, dem Antragsgegner zuzurechnende erhebliche Verfehlung in Bezug auf die mit der Mitgliedschaft verbundenen Pflichten in Gestalt konkreter, bewiesener Feststellungen eines nicht zu rechtfertigenden Fehlverhaltens des betroffenen Mitglieds (vgl. u.a. Bundesschiedskommission, Entscheidung vom 13.9.2010 - 2/2010/P S. 6 m.w.N.). Angesichts dessen dürfte die Entscheidung der Landesschiedskommission, das Ruhen des Verfahrens bis zum Abschluss des anhängigen staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens anzuordnen und damit die dortige Sachverhaltsaufklärung hinsichtlich der strafrechtlichen Vorwürfe abzuwarten, nicht ermessensfehlerhaft sein. Es besteht die Möglichkeit, dass diese Sachverhaltsaufklärung auch hinsichtlich der Frage, ob dem Antragsgegner aus Sicht der Partei ein konkreter, nicht zu rechtfertigender Verstoß gegen seine Pflichten als Mitglied, sei es auch in Hinblick auf mögliche Aufklärungs- und Auskunftspflichten (vgl. dazu zuletzt

Bundesschiedskommission, Entscheidung vom 26.4.2011 - 1/2011/P - S. 6, m.w.N.),
bewiesen werden kann, konkrete Erkenntnisse und Feststellungen erbringt. Vor dem
Hintergrund, dass die Landesschiedskommission in den Gründen ihrer Entscheidung
ausgeführt hat, dass dem Antragsteller „anheimgestellt werde, zum gegebenen
Zeitpunkt „neue Anträge zu stellen, sei darauf hingewiesen, dass die Anordnung des
Ruhens des Verfahrens nichts daran ändert, dass das Parteiordnungsverfahren gegen
den Antragsgegner weiter bei der Landesschiedskommission anhängig ist und diese
funktional für eine abschließende Entscheidung zuständig bleibt. Da die
Landesschiedskommission ihre Anordnung zeitlich auf den Abschluss des
staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens gegen den Antragsgegner begrenzt hat,
endet mit Eintritt dieses Ereignisses das Ruhen des Verfahrens, ohne dass es dafür
zwingend eines Antrags der Antragsteller bedürfte (vgl. Thomas/Putzo, ZPO, 38. Aufl.
2017, § 251 Rn. 5). Sollte sich an das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren ein
Strafverfahren vor einem staatlichen Gericht anschließen, wäre die
Landesschiedskommission allerdings nicht gehindert, in Ausübung pflichtgemäßen
Ermessens erneut über ein weiteres Ruhen des Parteiordnungsverfahrens zu
befinden.

Hannelore Kohl